

Geändert nach BA 6.11.12 – Seite 3 -

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 04.09.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Klaus Hopfgarten	SPD stellv. Ausschussvorsitzender	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	Vertreterin für Herrn Andreas Schachtschneider
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	Vertreterin für Frau Dr. Petra Sitte
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	bis 18:00 Uhr
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	bis 19:20 Uhr
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Gert Hildebrand	Verwaltung	
Frau Dr. Christine Radig	Verwaltung	
Herr Jürgen Zschocke	Verwaltung	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Herrn Klaus E. Hänsel	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Bertolt Marquardt	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	
Frau Cathleen Stahs	SKE	
Frau Dr. Regine Stark	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	Vertreterin Frau Dr. Ulrike Wünscher
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	Vertreterin Frau Ute Haupt
Herr Norbert Böhnke	Verwaltung	
Herr Uwe Weiske	Verwaltung	
Herr Torsten Bau	SKE	
Herr Martin Gorowska	SKE	
Herr Andreas Riemann	SKE	

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Hopfgarten, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses, vertritt **Herrn Schachtschneider, Vorsitzender des Ausschusses**, da dieser erkrankt ist.

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Hopfgarten, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnet und geleitet. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

~~Frau Dr. Bergner~~, **Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, bemängelte, dass nicht alle Vorlagen der Verwaltung fristgemäß eingegangen sind und daher nicht behandelt werden können.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, teilte mit, dass ein fristgemäßer Versand der Vorlagen leider nicht in jedem Fall möglich war. Er erklärte, dass die Beratung der Vorlage zu TOP 4.1. - Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2013/14 – auf die Tagesordnung des Ausschusses im Oktober verschoben werden müsse. Ebenso muss die Vorlage zu 4.2. - Prioritätenliste an Schulen und Kindertageseinrichtungen (Horte) - auf die Ausschusssitzung im Oktober vertagt werden, da diese noch nicht zugestellt sei.

Herr Kogge bat um Verständnis, dass die heutige Sitzung nicht wie vorherbesprochen in der Sekundarschule Am Fliederweg stattfindet. Diese Schule wird für die Novembersitzung als Tagungsort vorgesehen. Aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Bauarbeiten, ist die Schule derzeit kaum vorzeigbar.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE, unterstützte den Vorschlag, heute keine 1. Lesung zur Schulentwicklungsplanung durchzuführen und bat, den TOP 4.1 von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, schlug vor, diese beiden Tagesordnungspunkte zu vertagen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass eine Änderung der Tagesordnung nur möglich sei, wenn die Verwaltung eine Vorlage zurückzieht bzw. der Ausschuss über die Behandlung von Tagesordnungspunkten abstimmt.

Herr Senger, SKE, bat, einen TOP „Schülerbeförderung für den Ausweichstandort der Sekundarschule Johann-Christian-Reil“ in die Tagesordnung aufzunehmen.

~~Frau Dr. Bergner~~, **Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, erklärte, dass sachkundige Einwohner nach der Geschäftsordnung dies nicht beantragen können.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, verwies auf die neue Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse. Danach sei die Aufnahme eines zusätzlichen Tagesordnungspunktes lediglich über einen Dringlichkeitsantrag möglich.

Herr Senger, SKE, stimmte zu, sein Problem als mündliche Anfrage vorzustellen.

Herr Marquardt, SKE, fragte an, ob die neue Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse auch an die SKE verschickt werden kann.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, sicherte zu, dass die neue Geschäftsordnung als Anlage an das Protokoll verschickt wird.

Herr Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender, stellte den Antrag auf Vertagung der Punkte 4.1 und 4.2. von der Tagesordnung und bat um Abstimmung dieses Antrages.

Abstimmungsergebnis **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Hopfgarten, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses, stellte die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 03.07.12
4. Beschlussvorlagen
- 4.1 *Feststellung der Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 für das Schuljahr 2013/14*
1. Lesung
Vorlage: V/2012/10911 vertagt
- 4.2 *Prioritätenliste Investitionen an Schulen und Kindereinrichtungen (Horte)*
Vorlage: V/2012/10921 vertagt
- 4.3. Grundsatz- und Baubeschluss zur energetischen Sanierung der Grund- und Sekundarschule Kastanienallee und der Sanierung der TH Kastanienallee mit Mitteln des Programms STARK III
Vorlage: V/2012/10922
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bewirtschaftung der städtischen Schulturnhallen

Vorlage: V/2012/10868

- 5.2. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe
Vorlage: V/2012/10856
- 5.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schaffung von inklusiven
Grundschulen
Vorlage: V/2012/10859
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Informationen zum Schulobstprogramm im Schuljahr 2012/13
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 03.07.12

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, informierte, dass ab heute **Frau Draeger** Schriftführerin im Bildungsausschuss ist.

Herr Senger, SKE, fragte nach, ob der Link mit den Schulwegplänen schon an die Ausschussmitglieder verschickt wurde.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, antwortete, dass dieser Link vor 3 Wochen verschickt wurde, was Stadträte bestätigten.

Weitere Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Bildungsausschusses vom 03.07.2012 gab es nicht.

Herr Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender, stellte die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.3 Grundsatz- und Baubeschluss zur energetischen Sanierung der Grund- und Sekundarschule Kastanienallee und der Sanierung der TH Kastanienallee mit Mitteln des Programms STARK III
Vorlage: V/2012/10922

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, erklärte, dass die Grundschule Auen vom Finanzministerium nicht in die Förderung aufgenommen werden konnte, da die Höhe des Förderantrages das zur Verfügung stehende Fördervolumen überschritt. Die Verwaltung musste daraufhin sehr kurzfristig ein alternatives Fördervorhaben beschreiben und einreichen. Aufgrund eines gewissen Planungsvorlaufes aus anderen Schulsanierungsprojekten hat sich die Verwaltung für die energetische Sanierung der Grund- und Sekundarschule Kastanienallee und die Sanierung der Turnhalle dieser Schulen entschieden. Ein Förderantrag war zum 10.08.12 abzugeben. Die Zustimmung zu dieser Vorlage sei sehr wichtig, um die weitere Planung und Finanzierung voranzutreiben. Vom Finanzministerium liegt eine Aussage zur Förderung eines Sanierungsprojektes i. H. v. 1,9 Mio. € vor. Zusätzlich plant die Stadt die Brandschutzertüchtigung (Rettungstürme) im Zusammenhang mit der Wärmedämmung vorzunehmen. Es ist darüber hinaus geplant, an diesem Schulstandort ein Modellprojekt für eine Gemeinschaftsschule zu entwickeln. **Herr Hildebrand** bat um Zustimmung der Beschlussvorlage.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach, warum der Bildungsausschuss im Juli nicht über die Beantragung für eine andere Schule informiert wurde, wenn zu diesem Zeitpunkt schon feststand, dass die Grundschule Auen nicht förderfähig sei. Zudem bemängelte er, dass die Vorlage nicht detailliert genug sei. Er wünschte sich ausführlichere Informationen zu den Baumaßnahmen und zur Behindertengerechtigkeit.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, teilte mit, dass ihm erst nach dem Bildungsausschuss im Juli die Information zur Ablehnung einer Förderung der Grundschule Auen zugegangen sei. In einem Vergleichsprojekt der Sanierung einer Schule vergleichbaren Bautyps in Hohenmölsen wurde ein wesentlich geringerer Sanierungsbetrag geplant. Insofern lag das Projekt aus Halle außerhalb der Förderfähigkeit. Das Finanzministerium signalisierte einen Förderrahmen von maximal 2 Mio. € für die Stadt Halle. Er stimme **Herrn Paulsen** zu, dass die Beantragungsfrist sehr kurzfristig war und in Zukunft detailliertere Planungen vorgelegt werden müssen.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, ergänzte, dass am 10.05.2012 die Unterlagen für die Grundschule Auen abgegeben wurden. Am 28.06.12 wurde in einem ersten Gespräch beim Finanzministerium zum Förderantrag für die Auenschule der Hinweis gegeben, dass dieses Projekt vergleichsweise sehr teuer sei und es wurde angeregt, dass die Stadt alternative Projekte mit mehr Innovationspotential im energetischen Bereich oder einen Ersatzneubau überlegen sollte. In einem weiteren Gespräch am 12.07.12 wurde **Herrn Bielecke** der neue maximale Förderrahmen von ca. 2 Mio. € vorgestellt und um eine zeitnahe Einreichung eines konkreten Projektes gebeten. Zum Zeitpunkt des Bildungsausschusses am 03.07.12 waren noch keine konkreteren Aussagen möglich.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, führte aus, dass das Ministerium positive Unterstützung für das Vorhaben in Halle signalisiert habe.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte, für welche konkreten Baumaßnahmen die 2 Mio. € vorgesehen sind. Er bat um Auskunft, was im Innenbereich der Schule noch gemacht werden könne und was mit dem Vorhaben Auenschule nun geschehe.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, entgegnete, dass das Vorhaben Auenschule in der zweiten Förderphase mit einer überarbeiteten und gesenkten Kostenplanung erneut eingereicht werden soll.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, erläuterte, dass in der 1. Förderperiode im Süden Sachsen-Anhalts ca. 5 Mio. € für 3 Schulen ohne IT-Ertüchtigung zur Verfügung stehen. In der 2. Förderperiode könne von einem höheren Fördervolumen ausgegangen werden. Für das derzeitige Vorhaben Kastanienallee könne lediglich eine Maßnahme mit ca. 1,9 Mio. € Gesamtkosten gefördert werden, wobei die Turnhalle nur deshalb förderfähig sei, da sie im Gesamtprojekt der energetischen Sanierung der Schule berücksichtigt wird.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, verwies auf Seite 4 der Vorlage. Hier sind die einzelnen Maßnahmen und ihre Kosten beschrieben, ebenso der Förderanteil und die Eigenmittel.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erkundigte sich, warum die Begründung auf das pädagogische Projekt „Gemeinschaftsschule“ Bezug nimmt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass das Land ein solches Modellvorhaben unterstütze und bereit sei, dafür zusätzliche Gelder bereitzustellen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, wie sich die 7,65 Mio. € für die GS Auen zusammensetzen. Er verstehe nicht, warum die Kosten so hoch sind.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, begründete die Kosten durch den geplanten Neubau der Turnhalle und die Teilsanierung des vorhandenen Schulgebäudes inklusive Hort. Bei einer Schule vergleichbaren Bautyps in Hohenmölsen wurde ein Sanierungsvorhaben mit geringerem Investitionsaufwand eingereicht, wobei jedoch jeder Schulbau individuell betrachtet werden müsse.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, erläuterte, dass die Schule in Hohenmölsen durch das Förderprogramm ELER gefördert wird, bei dem andere Fördervoraussetzungen gelten. Das Projekt in Halle werde an den Förderstandards für die energetische Sanierung beurteilt. Um diese einzuhalten sind erhöhte Aufwendungen für die Dämmung fast aller Bauteile erforderlich. Die Grundschule Auen und die Schule in Hohenmölsen sind nicht miteinander vergleichbar.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erkundigte sich, ob eine Zielgröße für die Auenschule und ihre maximalen Kosten genannt wurde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, entgegnete, dass keine Zielgröße vorgegeben wurde, er sei über jede Schulsanierung froh.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, führte aus, dass das für die Auenschule eingeplante Geld nun nicht benötigt werde und somit ein freier Betrag zu Gunsten der Glauchaschule bereitstehen müsse.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass bisher keinerlei Mittel für ein STARK III-Vorhaben im Haushalt 2012 eingeplant wurden, insofern besteht kein Einsparpotenzial. Das Vorhaben Kastanienallee werde nunmehr im Investitionsplan 2013 ff. eingeordnet.

Herr Kneissl, SKE, äußerte sich, dass er auch erfreut sei über jede Schule, die saniert wird. Er fragte an, ob es seitens des Ministeriums deutliche Hinweise gegeben habe, genau diese Schule zu sanieren?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass ihm nicht bekannt sei, ob es seitens des Kultusministeriums Kontakte zum Finanzministerium gegeben habe.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, entgegnete, dass die Notwendigkeit der Sanierung der Turnhalle Kastanienallee aufgrund ihrer Baumängel ja bereits im Frühjahr 2012 offenbar wurde. Deshalb konnte auch auf Vorarbeiten zurückgegriffen werden. Auch ihm sei aus den Ministerien kein Druck zu Gunsten dieses Vorhabens bekannt.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, stellte **Herr Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender,** die Vorlage zur Abstimmung.

Herr Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender, bat die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zur Vorlage.

Votum SKE: einstimmig zugestimmt

Herr Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender, bat nunmehr die stimmberechtigten Stadträte um ihre Entscheidung.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Ausführung der energetischen Sanierung der Turnhalle Kastanienallee und der Fassade (Wärmedämmung) der Grund- und Sekundarschule Kastanienallee zum frühesten Zeitpunkt. Die Realisierung erfolgt gemäß der Richtlinie des Ministeriums für Finanzen zu STARK III und vorbehaltlich des Fördermittelbescheides.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Bewirtschaftung der städtischen Schulturnhallen
Vorlage: V/2012/10868**

Herr Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender, bat, die antragstellende Fraktion um Begründung des Antrages.

Frau Raab, FDP-Fraktion, erklärte, dass der Antrag einen Prüfauftrag beinhalte. Der Prüfauftrag soll nicht dazu dienen, die Schulturnhallen sofort an die Bäder GmbH zu übertragen. Viele Turnhallen sind sanierungsbedürftig und darüber beschwerten sich die Eltern. Es soll eine Lösung für die sanierungsbedürftigen Turnhallen gefunden werden, z. B. damit Fördermittel einfacher beantragt werden können. Am Beispiel der Bäder sei erkennbar, dass über diesen Weg das Ziel zur Verbesserung des Bau- und Bewirtschaftungszustandes erreichbar sei. Zudem können über dieses Modell auch einfacher eine

Betriebskostenbeteiligung der Vereine erreicht werden. Sie verwies auf das Interesse der Oberbürgermeisterin für diesen Antrag. Mit diesem Antrag sollen alle Möglichkeiten in Betracht gezogen werden, um eine Lösung für das Problem zu finden.

Herr Senger, SKE, hält den Prüfauftrag insofern für problematisch, da es schon Gerichtsurteile gebe. Durch die Weiterbetrieung der Turnhallen in öffentlicher Hand müsse auch die Vereinsnutzung kostenfrei bleiben. Zudem sehe er die Abgrenzung der Turnhallen vom Schulgebäude als schwierig an.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., stimmt **Herrn Senger**, in der Problematik Abgrenzung Schule/Turnhalle zu. Die Stadt müsste bei einer Übertragung für den Schulsport Leistungen einkaufen, daraus könnten steuerliche Mehrbelastungen entstehen und Probleme für eine Nutzung durch den Freizeitsport. Er hält den Antrag für sehr schwierig und würde diesen ablehnen. Die Argumente der Verwaltung stellen für ihn ein ausreichendes Prüfergebnis dar.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, hätte grundsätzlich nichts gegen den Antrag, da er einen neuen Ansatz enthalte. Nach seiner Meinung würde jedoch der Diskussionsprozess mit den Vereinen komplizierter werden. Er würde dem Antrag zustimmen, allerdings nur unter Einbeziehung der Bäder GmbH und der Vereine im Rahmen eines Prüfauftrages.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte, dass die Vorprüfung deutlich gemacht habe, welche Probleme vorhanden sind. Durch die Übertragung der Schulturnhallen würde sich jedoch keine wesentliche Problemlösung ergeben, da nicht mit einer Einsparung von Finanzen zu rechnen sei. Für ihn sei die Übertragung mit einer Erhöhung des Verwaltungsaufwandes verbunden und er zweifle an einem Mehrwert für Vereine. Die Prüfung der Verwaltung im Rahmen ihrer Antwort zu diesem Antrag sei ausreichend. Er würde den Antrag ablehnen und einer weiteren Prüfung nicht zustimmen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, führte aus, dass für sie die Stellungnahme der Verwaltung einseitig sei, da sich hier ein Aufgabenentzug ergeben könnte. Die Bewirtschaftung der Turnhallen müsste auch von anderen Seiten geprüft werden. Sie bittet um Zustimmung des Antrages und warb dafür, sich auf die Idee einzulassen, vor allem im Sinne der Sportvereine und auch im Interesse der Verbesserung des Zustandes der Turnhallen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die Oberbürgermeisterin im Stadtrat für eine offene Diskussion des Antrages gesprochen habe. Die schriftliche Antwort der Verwaltung teile er ausdrücklich. Das Beispiel Schulschwimmen zeige, dass die Stadt nunmehr 19 % Mehrwertsteuer an die Bäder GmbH zahlen müsse. Für die Schulturnhallen, die sowohl den Schulsport als auch den Vereinssport gewährleisten sollen, halte er eine vergleichbare Lösung für deutlich schwieriger.

Frau Raab, FDP-Fraktion, merkte an, dass solche Argumente auch in der Stellungnahme hätten aufgenommen werden können.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, äußerte, dass die wirtschaftliche Sicht auf dieses Thema interessante Aspekte enthalte. Da jedoch die Nutzung der Hallen möglichst wenig Reibungsfläche für die vielen verschiedenen Nutzer beinhalten sollte, spreche dies gegen eine Übertragung. Auch solch eine Prüfung verursacht Aufwand und Kosten, ohne dass der tatsächliche Nutzen erkennbar wäre. Sie würde den Antrag auch ablehnen.

Herr Senger, SKE, verwies auf die Landesverordnung zur kostenlosen Nutzung von Sportstätten. Im Interesse von Arbeitsgemeinschaften an Schulen sollten Kostenrisiken durch eine Übertragung vermieden werden.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, sprach sich für eine Ablehnung des Antrages aus. Die Turnhallen sollten mit den Schulen verbunden bleiben.

Herr Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender, bat um Abstimmung des Antrages, da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen.

Herr Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender, bat die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zum Antrag.

Votum SKE: mehrheitlich abgelehnt

Herr Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender, bat nunmehr die stimmberechtigten Stadträte um ihre Entscheidung.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung prüft die Übertragung der Bewirtschaftung der im Eigentum der Stadt Halle (Saale) befindlichen Schulturnhallen durch die Sport und Bäder Halle GmbH.

Davon unabhängig verbleibt die Vergabe von Nutzungszeiten für Sportvereine bei der Stadtverwaltung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

**zu 5.2 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Sozialraum Silberhöhe
Vorlage: V/2012/10856**

Herr Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender, bat die antragstellende Fraktion um Begründung des Antrages.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, führte aus, dass man bei der Begründung merke, dass der Antrag gut überlegt sei.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, merkte an, dass nach seiner Auffassung dieser Antrag zuerst im Jugendhilfeausschuss beraten werden sollte. Insofern schlug er die Vertagung der Beratung des Antrages vor.

Herr Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender, bat um Abstimmung dieses Geschäftsordnungsantrages auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**zu 5.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Schaffung von
inkluisiven Grundschulen
Vorlage: V/2012/10859**

Herr Hopfgarten, stellvertretender Ausschussvorsitzender, bat die antragstellende Fraktion um Begründung des Antrages.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erklärte, dass inzwischen viele Diskussionen zur inklusiven Beschulung stattgefunden haben. Seine Fraktion erachte den Antrag für sehr sinnvoll. Die Glaucha-Schule würde sich eignen, ein Schulkonzept inklusiver Beschulung umzusetzen. Ihm sei jedoch deutlich geworden, dass dies in der Phase der Gründung einer Schule schwierig sei, da weder Eltern noch Lehrer ein entsprechendes Schulkonzept entwickeln können. Er suche andere Wege für einen solchen Schulversuch.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass vom Land noch keine Verordnung bzw. Rahmenbedingungen zur inklusiven Beschulung bestehen. Die Verwaltung hat keine Informationen, welche baulichen Anforderungen sich aus einem inklusiven Unterricht an das Schulgebäude ergeben müssten. Alle Maßnahmen müssten zudem daran gemessen werden, dass die Stadt derzeit kaum die notwendigen Investitionsmittel aufbringen könnte. Die Diskussion um die Horte an Förderschulen mache deutlich, dass es zum einen um ein mehr an Räumen als auch um eine andere Funktionalität der Räume gehe. Er hoffe, dass die neue Verordnung zu den Förderschulen eine nachhaltige Förderung dieser Kinder in den Mittelpunkt stelle.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, erfragte, ob über das Thema Inklusion oder über den Antrag diskutiert werde. Sie bemängelte, dass es immer noch keine landesrechtlichen Vorgaben zur inklusiven Beschulung gäbe.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verstand diese Irritation nicht, da es notwendig sei, eine fachliche Diskussion zu führen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., unterstützte den Antrag. Dieser Antrag gehe jedoch neben der neuen Grundschule Glaucha von einer zweiten neuen Grundschule in der nördlichen Innenstadt aus. Wie schätzt die Verwaltung diesen Bedarf ein? Da es noch keine Landesvorgaben für räumliche Bedingungen inklusiven Unterrichtes gäbe, bestünde hierin sogar eine Chance auf eigenständige Gestaltung. Die Glaucha-Schule könnte als Modellprojekt hierfür entwickelt werden.

Herr Senger, SKE, erkundigte sich, ob es um die bauliche oder pädagogische Umsetzung gehe. Das pädagogische Konzept könne nur in der Gesamtkonferenz der Schule entwickelt und bestätigt werden. Er schlägt vor, den Antrag nochmal im Rahmen der Diskussion zur Schulentwicklungsplanung zu diskutieren. Den Bau einer inklusiven Schule würde er unterstützen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, regte an, dass nicht nur über die Integration von geistig und seelisch behinderten Schülern nachgedacht werden solle, sondern auch körperbehinderte. Sie sehe gerade im Bereich der Innenstadt einen hohen Bedarf nach einer Grundschule, die barrierefrei ist. Beim Umbau eines Bestandsgebäudes wäre das Geld hierfür besser eingebracht, als für einen Neubau.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, schloss sich dem Vorschlag einer Entscheidung über diesen Antrag im Kontext der Beratung über die Schulentwicklungsplanung an.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, stimmte **Herr Paulsen**, zu, dass eine Beratung dieses Themas die notwendige Zeit bedürfe, insofern sei eine Entscheidung über den Antrag auch in der nächsten Sitzung sinnvoll und möglich.

Herr Zschocke, Schulnetzplaner, informierte, dass eine Arbeitsgruppe des Kultusministeriums die Anforderungen an die inklusive Beschulung formulieren sollte. Die

kann vorab der offiziellen Schuljahresstatistik die Schülerzahl der ersten Klassen entnommen werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, verwies darauf, dass an der Sprachheilschule Halle nach seinem Wissen 60 % Wiederholer sind, d. h. es gibt kaum Neueinweisungen in der Schuleingangsphase durch das Landesschulamt.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, informierte zum Schuljahresstart. Die Sanierungs- und Umbaumaßnahmen an der IGS, der Grundschule Am Heiderand und der Sekundarschule Johann-Christian-Reil haben begonnen. Die IGS und die Sekundarschule sind in Ausweichquartiere umgezogen. 10 Mitarbeiter des Amtes für Schule und Sport werden am 06.09.2012 zum ersten Schultag vor Ort in verschiedenen Schulen sein. Die Schüler der FÖS Jägerplatz wurden im Juli durch das Landesschulamt in die Pestalozzischule eingewiesen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte nach der Dauer der EFRE-Bauvorhaben.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, verwies auf die Baustartverzögerung in den 3 EFRE-Sanierungsobjekten durch die verzögerte Übergabe der Bewilligungsbescheide. Die Sanierung wird nunmehr bis Oktober 2013 dauern und zu einem Rückzug/Umzug der Schulen in den Oktoberferien 2013 führen.

Frau Stahs, SKE, erkundigte sich nach einer Aussage auf Seite 41/42 der Vorlage zur Schulentwicklungsplanung zur Auflösung des Standortes Rainstraße. Nach ihrer Auffassung sei eine Aufnahme aller Schüler an den verbleibenden Standorten der BbS V in den Objekten Klosterstraße und Universitätsring nicht möglich, da insbesondere der Standort am Universitätsring durch fehlenden Brandschutz nicht vollständig nutzbar sei. Sie wollte wissen, ob diese Maßnahme mit dem Schulleiter abgestimmt sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, verwies darauf, dass Vorbereitungsgespräche für diesen Umzug mit dem Schulleiter stattgefunden haben. Er werde informieren, wohin die 20 Klassen umziehen sollen.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, fügte hinzu, dass der Schulleiter über die Schließung Ende 2013 informiert wurde und er in Gespräche mit einem möglichen Nachnutzer einbezogen gewesen sei.

Frau Raab, FDP-Fraktion, fragte nach der Durchführung der Losverfahren.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, erklärte, dass noch 59 Schüler an den Gesamtschulen und Gymnasien bis zum 31.7.2012 nachrücken konnten. Es wurde keine Klage eingereicht. In einem Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz, wurde ein Kind an einer Gesamtschule aufgenommen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, bezog sich auf den Genehmigungsbescheid des Landesschulamtes zur Schließung der Förderschule am Jägerplatz. Obwohl der Stadtrat beschlossen hatte, bei der Zuweisung einer anderen Förderschule die Elternwünsche zu berücksichtigen, sei dies im Genehmigungsbescheid anders formuliert. Wurde hiergegen Widerspruch oder Klage eingereicht?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, äußerte, dass er es begrüßt hätte, wenn dem Elternwahlrecht im Zuge der Schließung entsprochen worden wäre. Aufgrund des engen Zeitablaufes im Juli sei bereits vor dem Beschluss des Stadtrates zur Schulschließung der Wechsel aller Schüler an die Förderschule Pestalozzi durch das Landesschulamt verfügt worden. Nach seiner Kenntnis sollten auch alle Lehrer an die neue Schule mitgehen.

Herr Hänsel, SKE, erwiderte, dass maximal 4 Lehrer mit an die Pestalozzischule gewechselt sind. Die Klassenverbände seien nicht erhalten geblieben. Eltern sind nicht befragt worden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, sagte zu, hierzu Kontakt mit dem Landesschulamt aufzunehmen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, hätte es begrüßt, wenn die Verwaltung zu diesem abweichenden Bescheid des Landesschulamtes in Widerspruch gegangen wäre. Zudem erkundigte sie sich mit Bezug auf die Liste „Obstkorbchen“, warum für die Pestalozzischule und die Makarenkoschule 8 bzw. 7 Schüler ausgewiesen sind.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass zum einen das Landesschulamt die Schüler ohne Rücksprache mit der Stadt zuweist, zum anderen können sich in dieser Zahl Wiederholer befinden bzw. hat die Schule hier Schüler im Rahmen der gemeinsamen Schuleingangsphase gemeldet (Klasse 1 und 2).

Frau Raab, FDP-Fraktion, merkte an, dass für die Grundschule Auen lediglich 24 Erstklässler festzustellen sind und fragte, ob sich daraus eine Bestandsgefährdung für die Schule ergeben könne.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, verwies in seiner Antwort auf die Vorlage unter TOP 4.1. Mit dem Beschluss zur Schulentwicklungsplanung für das kommende Schuljahr soll als Reaktion auf diese Entwicklung eine Veränderung der Einzugsbereiche erfolgen, um die Schule künftig 2,5 bis 3-zügig bestandssicher führen zu können.

Herr Hänsel, SKE, ergänzte, dass es weiterhin auch ab Klasse 1 das Elternwahlrecht auf Besuch einer Förderschule gäbe. Die Verordnungslage sei unverändert. Ihm sei aufgefallen, dass es an der Pestalozzischule keinen Hort gäbe. Gemäß § 8 (6) letzter Satz SchulG LSA ist an Förderschulen bei Bedarf ein Hort einzurichten. Er fragte die Verwaltung, ob dieser Bedarf überprüft wurde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, antwortete, dass die Bedarfseinschätzung von Hortplätzen regelmäßig durch das Jugendamt erfolge und darüber auch im Jugendhilfeausschuss berichtet werde. Die Problematik eines erhöhten Personalschlüssels für die Hortbetreuung einiger Förderschüler sei schon mehrfach diskutiert worden, im Landtag als auch im Stadtrat. Die Betreuungssituation sei noch nicht befriedigend, da alle Kinder nach dem Kinderförderungsgesetz (KiFöG) einen Hortanspruch haben. Er erwarte insbesondere vom Land eine bedarfsgerecht finanzierte Personalausstattung für diese Kinder mit erhöhtem Förderbedarf, auch am Nachmittag.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte ebenfalls nach, ob der Bedarf an Hortbetreuung in Förderschulen durch die Stadt erfasst sei.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, sagte eine schriftliche Antwort zu.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nahm Bezug auf die Vorlage Schulentwicklungsplanung und die Prüfung eines Grundschulstandortes in der nördlichen Innenstadt. Er fragte, ob die Grünfläche am Unterberg in den Bedarf für die Pausenfläche der neuen Grundschule einbezogen sei. Zum Zweiten fragte er an welchen Grundschulen die Flächennormative erreicht werden und wo nicht. Zum Dritten bat er um eine tabellarische Übersicht, welche Entfernungen zwischen den Grundschulen und dem nächsten öffentlichen Grün bestehen. Zur besseren Beantwortung sagte er zu, diese Frage schriftlich nachzureichen.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, sagte eine Prüfung zu.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, verwies auf die übergebenen Unterlagen zu den Außenanlagen der 3 EFRE-Schulen. Er fragte erstens nach dem aktuellen Stand der Genehmigungs- und Ausführungsplanung, zum Zweiten bat er um Mitteilung, ob die Bäume im Bereich der IGS/Marthastr. erhalten bleiben. Ferner regte er an, an diesem Schulobjekt ein „Grünes Klassenzimmer“ mit zu planen.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, erläuterte, dass noch keine Baugenehmigung vorliege und damit auch keinen neuen Unterlagen. Bei der Freiflächenplanung werde eine Laufbahn geprüft. Eine mögliche Fällung von Bäumen im Bereich der Marthastraße sei ihm derzeit nicht bekannt, ggf. sei dies jedoch erforderlich, wenn bestimmte Abstände zu Nachbargrundstücken nicht eingehalten werden. Aufgrund der geringen Größe der Außenfläche sei die Berücksichtigung eines „Grünen Klassenzimmers“ schwierig. Über den aktuellen Stand der Planung werden die Vertreter der Schule am 11.09.2012 informiert, sobald die Ausführungsplanung vorliege, werde er die Unterlagen bereitstellen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erkundigte sich, nach der Schließung des Schulgartens am Galgenberg. Ihm sei ein potenzieller Nachnutzer bekannt, der angeboten habe, die Fläche für eine Schulgartennutzung bereitzustellen. Wie ist der Stand der Alternativen für den Schulgartenunterricht und sind diese wirtschaftlicher?

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass der Schulgarten im Rahmen der Haushaltskonsolidierung geschlossen wurde und das Ziel bestand sowohl eine preiswertere als auch eine gebietsnähere Möglichkeit für den Schulgartenunterricht bereitzustellen.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, teilte mit, dass folgende Angebote vorbereitet werden, die alle mit den Schulleitungen einvernehmlich abgestimmt sind: die Grundschule Lilien kann künftig eine Fläche im Bereich des Schülerwohnheims Myrtenweg nutzen. Für die Grundschulen Wittekind und Neumarkt wird eine Fläche im Bereich des Gartens des Jugendamtes, Schopenhauerstraße, aufbereitet. Die Grundschule Friesen wird zukünftig im eigenen Gelände Beete für den Schulgartenunterricht haben. Die FÖS Am Lebensbaum hat einen Pachtvertrag in einer Kleingartenanlage abgeschlossen, um den Unterricht in der Werkstufe abzusichern. Die FÖS Astrid Lindgren kann hierfür eine Fläche im Gelände des Pflegeheimes Akazienhof nutzen. Die Bereitstellung dieser Flächen ist zum März 2013 in Vorbereitung. Mit der Schließung der Fläche am Galgenberg kann der ausgewiesene Konsolidierungsbetrag erbracht werden. Die nunmehr genutzten Flächen verursachen deutlich geringere Kosten im Bereich von Miete und Betriebskosten. Entfallen sind ebenso die Personalkosten. Für die sächliche Ausstattung wurde auf vorhandene Geräte der Einrichtung am Galgenberg zurückgegriffen und im Rahmen der Schulausstattung geringfügig ergänzt.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bat um eine schriftliche Antwort von der Verwaltung. Er fragte weiter an, ob das Angebot adäquat für den Schulgartenunterricht ist.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, erwiderte, diese Aussagen zu den Alternativangeboten im Protokoll zu vermerken. Mit dem Wegfall der bisher abgeordneten Schulgartenlehrerin, müsse jedoch jede Schule den Schulgartenunterricht im Rahmen des Sachkundeunterrichtes nunmehr eigenständig gestalten. Dabei kann es zu Qualitätsverlusten in Vergleich zum bisherigen Angebot kommen.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, ergänzte, dass die Nutzung von Schulgärten in den städtischen Grundschulen sehr unterschiedlich sei. Die Schulleitung sei verantwortlich, die Lehrplanvorgaben umzusetzen.

Herr Senger, SKE, fragte nach, ob die ehemalige Trotha-Schule verkauft worden sei und ob der Verkaufserlös für den Schulbau verwandt wurde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, führte aus, dass das verkaufte Objekt schon längere Zeit leer stand und nicht mehr als Schulgebäude genutzt wurde. Dieses Objekt sei mit Leerzug an den Bereich Liegenschaften abgegeben und von diesen nunmehr verkauft worden. Insofern sei kein direkter Zufluss des Verkaufserlöses zur Finanzierung von Schulbaumaßnahmen möglich.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, ergänzte, dass ein Teil des Verkaufserlöses für die nunmehr notwendige neue Gestaltung der Feuerwehrezufahrt der Grundschule „Hans Christian Andersen“ verwendet werde.

Herr Senger, SKE, bemängelte, dass durch den Umzug der Sekundarschule Reil in die Dölauer Straße 71 Schüler aus dem Einzugsgebiet Heide-Nord keine Fahrkarte mehr bekommen, da keine 3 km Mindestentfernung erreicht werden. Der Fußweg von Heide-Nord zum Ausweichobjekt sei seiner Meinung nach jedoch nicht als sicherer Schulweg einzustufen. Es fehle an Befestigung, Beleuchtung und dieser Weg werde im Winter bei Schnee nicht beräumt. Ebenso sei die Kreuzung Wald- und Nordstraße sehr unübersichtlich und gefährlich. Es sei gesetzlich geregelt, dass bei fehlender Sicherheit des Schulweges nicht auf diesen verwiesen werden könne und in diesem Fall müsse eine Schülerzeitkarte bereitgestellt werden. Zudem hatten diese Schüler vor dem Umzug eine Fahrkarte und werden sie auch nach dem Umzug wieder erhalten. Die Antwort an den Schulleiter für die Gewährung einer Ausnahmegenehmigung halte er für nicht sachgerecht.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, erläuterte, dass die Schulwegsicherheit durch das Ordnungsamt geprüft wurde. Die Verwaltung wird den Sachverhalt nochmal überprüfen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, ergänzte, dass das Problem der Schneeberäumung auch bei anderen Schulwegen bestehe. Dieser Sachverhalt werde nochmals geprüft.

Herr Senger, SKE, informierte alle Mitglieder des Bildungsausschusses, dass am 22.09.12 die Schulmesse des Stadtelternrates stattfindet. Er bat die Fraktionen um finanzielle Unterstützung zur Prämierung von Schülerplakaten und lud alle anwesenden Mitglieder zum Besuch der Schulmesse ein. Da er die Anhörungsunterlagen zur Vorlage Schulentwicklungsplanung erst sehr spät erhalten habe, zeige er hiermit an, eine Stellungnahme nicht fristgerecht einreichen zu können. Für den Bildungsausschuss im November dürfte diese Stellungnahme jedoch vorliegen.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, nahm Bezug auf die Antwort zur Nachfrage zur Nutzung des Bildungs- und Teilhabepakets und bat um eine Auswertung zum Bereich Lernförderangebote.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, nahm diese Anregung auf, auch im Bildungsausschuss diese Auswertung vorzustellen.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte nach, ob eine Schulgartennutzung im Bereich des Jugendamtes Probleme mit dem Spielplatz mache.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, antwortete, dass beabsichtigt sei, die Schulgartenfläche einzuzäunen. Der vorhandene Spielplatz wird in seiner Größe und Nutzung nicht beeinträchtigt.

zu 9 Anregungen

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, regte an, Eltern über bevorstehende Sanierungen und ggf. auftretende Verzögerungen im Zeitplan künftig besser zu informieren. Die Eltern der IGS haben an ihn herangetragen, dass die Informationen nicht ausreichend gewesen seien.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, entgegnete, dass die 3 Schulleiter auch über Verzögerungen bei Bekanntwerden informiert wurden. Die Schulleitungen sind in der Pflicht, die Eltern zu unterrichten.

Herr Senger, SKE, schloss sich dem Hinweis von **Herr Dr. Diaby** an und bedauerte, dass das Amt für Schule und Sport in der letzten Gesamtkonferenz der Schule zur Beantwortung von Fragen nicht anwesend war.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, regte weiterhin an, dass eine ausführliche Analyse zum Verfahren des Übergangs an weiterführende Schulen angefertigt werden sollte.

Frau Dr. Radig, Amt für Schule und Sport, Ressortleiterin Schule, erläuterte, dass das Amt für Schule und Sport derzeit Informationen zum Verfahren und den Ablauf des Losverfahrens für einen Elternbrief zusammenstelle.

Für die Richtigkeit:

Datum: 22.01.13

Tobias Kogge
Beigeordneter

Klaus Hopfgarten
stellv. Ausschussvorsitzender

Dr. Christine Radig
Protokollführerin